



„Obsession“ sorgt für Schlagzeilen



Die Qualitätsjournalisten der Welt sind fassungslos: Im Land der Freien haben zahlreiche renommierte Zeitungen ihren Lesern eine DVD mit dem bekannten islamkritischen Film „Obsession“ beigelegt. Der Vorgang ist so unvorstellbar für deutsche Zeitungsschreiber, dass flugs eine finstere Verschwörungstheorie aus dem Hut gezaubert wird. Obwohl der Film bereits seit Jahren bekannt ist, soll die öffentliche Kritik am gewalttätigen Islam jetzt auf geheimnisvolle Weise mit dem Wahlkampf in den USA zusammenhängen. Angeblich schade das Werk dem Kandidaten Barack Hussein Obama, dem nachgesagt wird, Muslim zu sein. Obwohl doch in deutschen Zeitungen ganz klar drinsteht, dass das nicht so ist.

Die Welt versteht die Welt nicht mehr:

Der Clarion Fund wählte eine kluge Strategie, um viele Menschen mit der DVD zu erreichen. Er brachte sein Produkt in mehr als 50 Zeitungen als Werbebeilage unter. Mindestens vier Publikationen allerdings weigerten sich, die DVD an die Leser zu bringen.

Eine davon, die “Greensboro News & Record” in North Carolina, erklärte den Lesern die Entscheidung in einer Kolumne. “Obsession” sei “spalterisch”, heißt es da, und spiele mit den Ängsten der Bürger.

Viele andere Blätter dagegen hatten keine solche Bedenken und beriefen sich zum Teil auf die Meinungsfreiheit. Das gereichte ihnen nicht unbedingt zum Vorteil: Aus vielen Orten gibt es Berichte über wütende Abonnenten, die sich so über die DVD aufregten, dass sie die entsprechende Zeitung nicht länger beziehen wollen.

In Portland, Oregon, protestierten einige Dutzend Menschen vor dem

Gebäude des "Oregonian", der die DVD ebenfalls beilegte, obwohl der Bürgermeister der Stadt die Zeitung um Unterlassung gebeten hatte. Seiner Ansicht nach trägt "Obsession" zu einem "Klima des Misstrauens gegenüber Muslimen" bei.

Der volle Titel der DVD lautet "Obsession. Radical Islam's War against the West" ("Obsession. Der Krieg des radikalen Islam gegen den Westen"). Und wer sich das Werk ansieht, kann in der Tat Angst bekommen.

Es ist die 60-Minuten-Version eines Films, der bereits im Frühjahr 2006 fertiggestellt wurde und in Auszügen im Fernsehen ausgestrahlt wurde. Die Botschaft: Islamisten wollen den Untergang des Westens, sie sind weltweit aktiv, zu allem bereit und müssen dringend bekämpft werden. Über die Hintergründe des Problems, die Historie, die verschiedenen Strömungen innerhalb des Islam – nichts. "10 bis 15 Prozent" der Muslime seien radikal, behauptet einer der interviewten Experten in dem Film – ohne jede weitere Ausführung.

Gezeigt werden vor allem Bilder, die emotional ansprechen – dazu gehören unvermeidlicherweise auch die von den einstürzenden Zwillingstürmen des World Trade Centers in New York. Und ein Hassprediger nach dem anderen paradiert über den Schirm.

Eine Spezialität des Films ist die Gleichsetzung des radikalen Islamismus mit der Nazi-Ideologie. Historische Aufnahmen von Massen, die den Hitlergruß zeigen, von Hitler selbst, von Wehrmachtssoldaten, werden zusammengeschnitten mit islamistischen Kundgebungen im Nahen Osten und radikalen Predigern. Die befragten Experten – darunter ein ehemaliges Mitglied der Hitler-Jugend – untermauern den historischen Vergleich. Einer sagt, wenn man die Islamisten nicht aufhalte, könne dies Auswirkungen wie eine Vielzahl von Nazi-Deutschlands haben.

Seit die DVD durchs Land geflattert ist, steht die Frage im Raum: Was soll dieses unhistorische, unsachliche, emotional aufgeladene Produkt eigentlich erreichen?

Kritiker werden dem Clarion Fund Wahlkampf vor. Nicht nur, dass die DVD in der heißen Wahlkampfphase verteilt wurde. Sie erreichte zudem vor allem Bürger in den "swing states", in denen der Ausgang der Präsidentschaftswahl als offen gilt. Im besonders heiß umkämpften Florida legten Berichten zufolge zwölf Zeitungen die DVD bei, in Ohio sieben, in Pennsylvania acht. Die "Tampa Tribune" aus Florida nennt die DVD "politische Propaganda am Vorabend der Präsidentschaftswahl".

Gregory Ross, Sprecher des Clarion Fund, hat eine andere Erklärung: "Wir sind dahin gegangen, wo die Berichterstattung ist", sagte er WELT ONLINE. Durch die Wahl der "swing states" habe man "größtmögliche Aufmerksamkeit" bekommen. "Wenn wir die DVD in Maine und Hawaii verteilt hätten, dann würden Sie mich wohl nicht

anrufen", sagt er mit Triumph in der Stimme.

Vorwürfe, dass die DVD Stimmung für den republikanischen Präsidentschaftskandidaten McCain machen solle, weist Ross von sich. Seine Organisation sei unparteiisch und dürfe vom Gesetz her auch keine Partei unterstützen.

Den Zeitpunkt der DVD-Aktion erklärt Ross folgendermaßen: Mehrere Spender hätten sich dies zur Erinnerung an den Jahrestag des 11. Septembers gewünscht.

Wie viel Geld die ganze Sache gekostet hat, mag er nicht sagen. Es handele sich um einen "Multi-Millionen"-Betrag. Auch den oder die Großspender, die dieses Projekt möglich gemacht haben, gibt Ross nicht preis. Bisher weiß niemand etwas Genaues über die finanziellen Mittel des Clarion Fund – sie wurden nicht offengelegt.

Selbst wenn die DVD nicht auf die Wahl ausgerichtet sei sollte, was auch wegen des hartnäckigen Gerüchts, Barack Obama sei Muslim, schwer zu glauben ist: Für größeres Misstrauen gegenüber muslimischen Mitbürgern kann sie allemal sorgen.

Einer der im Film interviewten Experten erklärte die DVD im Nachhinein zu einem "Stück widerwärtiger Propaganda", für das er sich schäme. Die Organisation CAIR (Council on American-Islamic Relations) mit Sitz in Washington hat bei der zentralen Wahlbehörde wegen der DVD-Aktion Beschwerde eingereicht und eine Untersuchung des Vorgangs verlangt.

Unwissenschaftlich, unhistorisch sei der Film, so die Experten der *Welt*, die weder einen einzigen Fakt auch nur versuchen zu widerlegen, noch erklären, wo denn all diese vielfältigen Formen des Islam zu bewundern sind, von denen sie ständig faseln. Gut dass die Leser der *Welt*, die intelligent genug waren, bessere Berufe als die Schreiber zu erlernen, den Schulmeistern hier und da auf die Sprünge helfen.

Welt-Leserin Michaela hat in der letzten Stunde gut aufgepasst und erinnert die senilen Volkspädagogen um 11 Uhr 17 an ihr Geschwätz von gestern:

die welt selbst hat doch über den anteil an gewaltbereiten und radikalen moslems berichtet vor einigen wochen im rahmen einer studie über den islam in deutschland. da war ebenfalls von 10-15 % radikaler die rede. also kann die datenbasis ganz so unbewiesen nicht sein.

PI-Leser kennen den Film mit namhaften Islamkritikern, viele darunter mit direkten Islamerfahrungen in der eigenen Lebensgeschichte, schon seit Jahren. Aber auch *Welt*-Leser sollten die Chance bekommen, mit eigenen Augen zu sehen, worüber ihre Schulmeister schwadronieren. Deswegen zeigt PI hier noch einmal

den Film „Obsession“ in ganzer Länge:

» [Deutschsprachiges Manuskript von Obsession](#)



Nobelpreis auch mit Bush-Bashing



Bevor der Inhaber im US-Präsidentschaftsamt George W. Bush seinem Nachfolger Platz macht, kreisen die Aasgeier zu einem letzten Rundumflug. Ex-Staatsanwalt Vincent Bugliosi stellt Bush wegen des Irakkriegs mal eben unter Mordanklage, wie der [KStA](#) stolz berichtet, während [SpOn](#) den Princeton-Professor und „New York Times“-Kommentator Paul Krugman lobt, der seinen Nobelpreis für Wirtschaft wohl nicht zuletzt deshalb bekommen hat, weil er als profilierter Kritiker der Regierung Bush gilt.

US-Präsident George W. Bush wird am 20. Januar das Weiße Haus verlassen – Grund genug für den [KStA](#), ihn noch einmal so richtig schlecht zu machen.

Selten in der US-Geschichte war ein Präsident zum Ende seiner Amtszeit so unbeliebt wie der glücklose Republikaner aus Texas, der für umstrittene Kriege und für Folter, für die Aushöhlung der Bürgerrechte, explodierende Staatsverschuldung und nun auch noch für eine schwere Finanzkrise verantwortlich gemacht wird.

Wer ein Held werden will, hat es heutzutage wirklich nicht schwer: Einmal kurz mit dem Finger auf Bush zeigen reicht. Schließlich hat er nicht einfach die Augen vor dem Terrorismus verschlossen, wie man das eben salonfähig korrekt so macht. Jetzt kann man darüber hinaus auch noch Nobelpreise

gewinnen, wenn man nur genügend Bush-kritisch ist.

Nobelpreis für Paul Krugman: Die königlich-schwedische Akademie der Wissenschaften zeichnet den US-Ökonomen für seine Analyse auf dem Feld der Wirtschaftsgeografie aus. Krugman werde insbesondere für Forschungen über Folgen der weltweiten Verstädterung geehrt, hieß es. Der 55-Jährige habe neue Theorien über Freihandel und Globalisierung formuliert.

Krugman ist Professor an der Universität Princeton. Er wurde vor allem durch seine wöchentlichen Kolumnen in der „New York Times“ bekannt, in denen er die Politik der Bush-Regierung massiv attackierte.

Na dann ist er ja ein „guter Amerikaner“, den man auch in Schweden problemlos auszeichnen kann.



Skiferien auf Bornholm



Wenn Sie das Geld, für das Sie bis Mitte des Jahres gearbeitet haben und das Sie dann dubiosen Politikern als Steuern überlassen haben, noch einmal sehen wollen – wohlgemerkt: sehen, nicht zurückbekommen – dann wird es jetzt Zeit, den Skiurlaub auf Bornholm für den Winter zu buchen. Auf der sonnigen Ostseeinsel hat es ein findiger dänischer Unternehmer tatsächlich geschafft, 100.000 Euro Ihrer Steuern als Fördermittel der EU für eine Skipiste loszueisen. „Loseisen“ ist vielleicht nicht das passende Wort ... denn genau an Eis und Schnee fehlt es der Unternehmung auf der Sonneninsel nun zum Gedeih. Das konnte ja keiner ahnen.

Der [Spiegel berichtet](#):

Einem dänischen Skifan ist das Kunststück gelungen, 100.000 Euro Fördermittel der Europäischen Union für den Bau einer Skipiste auf der als „Sonneninsel“ bekannten Insel Bornholm in der Ostsee einzuheimen. „Ich hätte nicht gedacht, dass sie etwas so Verrücktes unterstützen würden“, sagte Ole Harild dem dänischen „Ekstra Bladet“ vom Montag. Nachdem er das Geld schließlich erhalten habe, habe er sein abseitiges Projekt natürlich auch sofort in die Tat umgesetzt.

Auf die Idee zum Skipistenbau kam Harild, als er im Winter 2006 aus beruflichen Gründen nicht wie geplant mit seiner Freundin zum Skifahren ins Ausland reisen konnte: „Warum sollten wir nicht unsere eigene Piste bauen?“, habe er sich gedacht und auch sofort EU-Fördergelder beantragt.

Mit dem Geld kaufte Harild eine Maschine zum Pistenbau, eine Schneekanone sowie 80 Paar Skier und Skischuhe zum Verleih.

Der Schnee stellte sich leider trotzdem nicht ein: Im vergangenen Winter war die Skipiste einen einzigen Tag geöffnet, wie der Unternehmer einräumte. Trotz aller Nachrichten über die Erderwärmung setze er aber darauf, dass „die Kälte irgendwann zurückkehrt“.

Das „Ekstra Bladet“ zählte weitere EU-geförderte Projekte in Dänemark auf wie einen Wettbewerb um das beste Ostsee-Kochrezept oder einen Golfplatz im Kloster.

Landwirtschaftsministerin Eva Kjer Hansen, die für die Vergabe der EU-Mittel in ihrem Land zuständig ist, räumte ein, dass die Förderkriterien nicht streng genug seien. Im kommenden Jahr werde sie jedoch „die Daumenschrauben anziehen“.

Das klingt wild entschlossen und gefährlich. Deshalb sollten Sie jetzt noch schnell zugreifen, wenn Sie noch EU-Fördergelder abgreifen wollen. Die Klassiker sind noch zu haben: Wie wäre es mit einer Eisdiele am Nordpol? Oder ein Bräunungsstudio in der Sahara?

(Spürnase: Koltschak)

[Pankow-Demo: Ipahb erwartet 500](#)

Teilnehmer



Die Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger (Ipahb) erwartet für ihre am Donnerstag (16.10., 18 Uhr) stattfindende [Demonstration](#) unter dem Motto „Gegen Antisemitismus und Islamismus sowie gegen Rechts- und Linksextremismus“ ca. 500 Teilnehmer. Hauptrednerin der Kundgebung wird die Autorin und Islamkritikerin Frau Dr. Hiltrud Schröter sein. „Der größte Teil der Heinersdorfer ist gegen die Moschee“, sagt Joachim Swietlik, der Vorsitzende der Ipahb. „Wir kämpfen nicht gegen die Moschee und auch nicht gegen die Menschen, sondern gegen die Ideologie der Ahmadiyya Gemeinde“, so Swietlik.

Die [Berliner Zeitung](#) berichtet:

Unter großem Polizeischutz wird am Donnerstag und Freitag die erste Moschee Ostdeutschlands im Pankower Ortsteil Heinersdorf eröffnet. Noch nie zuvor wurde in Berlin so vehement für und gegen den Bau eines Gotteshauses gekämpft. Und so haben Gegner und Befürworter der Moschee gleich vier Demonstrationen und Kundgebungen angemeldet. Auch die rechtsextreme NPD ist dabei. Am Donnerstag hält sie eine Mahnwache unter dem Motto „Nein zur Islamisierung! Moschee zurückbauen!“ Anwohner und Autofahrer müssen an den beiden Tagen mit „umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen“ rechnen, sagte ein Polizeisprecher.

Mehrere hundert Polizisten und Zivilbeamte sind im Einsatz, um Störungen zu vermeiden. Die Tiniusstraße ist an beiden Tagen für Autos gesperrt, Anwohner werden kontrolliert. Zur Eröffnungsfeier am Donnerstagabend sind etwa 300 Gäste geladen, darunter das geistige Oberhaupt der Gemeinde, der 5. Kalif Hazrat Mirza Masroor Ahmad aus London, der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit und Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (beide SPD) sowie zahlreiche Bundestags- und Kommunalpolitiker.

Am Freitag hält der Kalif vor 600 Gläubigen aus Deutschland das Freitagsgebet. Der Fernsehsender „Muslim TV Ahmadiyya“ überträgt die Feierlichkeiten weltweit. „Eine Moschee auf deutschem Boden zu errichten ist ein Symbol an die Welt, dass hier Glaubens- und Religionsfreiheit gewährleistet sind“, sagt der Imam der Gemeinde, Abdul Basit Tariq. Mit seiner Frau zieht er in das Wohn- und Gästehaus der Gemeinde neben der Moschee.

Im Laufe von zwei Jahren hat die Ahmadiyya Muslim Gemeinde den 1,6 Millionen teuren Neubau mit einem zwölf Meter hohen Minarett auf dem Grundstück einer früheren Sauerkrautfabrik gebaut. Von Beginn an gab es Proteste. „Der größte Teil der Heinersdorfer ist gegen die Moschee“, sagt Joachim Swietlik, Vorsitzender der Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger (Ipahb).

Am Donnerstag erwartet die Initiative zu ihrer Kundgebung unter dem Motto „Gegen Antisemitismus und Islamismus sowie gegen Rechts- und Linksextremismus“ 500 Teilnehmer. „Wir kämpfen nicht gegen die Moschee und auch nicht gegen die Menschen, sondern gegen die Ideologie der Ahmadiyya Gemeinde“, sagt Swietlik. Der Islam sei nicht nur der Glauben an sich, sondern die Idee eines Gesellschaftssystems, die das heutige System ablösen werde. So habe er es in den Schriften des Islam gelesen.

Die Moschee-Gegner kritisieren, die Ahmadiyya Gemeinde vertrete „antidemokratische, antijüdische und rassistische Ansichten“. In Veröffentlichungen ist zu lesen, vom Verzehr von Schweinefleisch könne man schwul werden und Ahmadiyya-Mitglied Hadayatullah Hübsch propagiert in seinem Buch „Islam 99“ Gewalt gegen Frauen: „Leichte Züchtigung der Frau“ nennt er das. Mit „negativen Zärtlichkeiten“ sollten Männer ihren Ehefrauen die Grenzen zeigen. Das Buch kann man im Internet kaufen.

206 Männer und Frauen gehören in Berlin zur Ahmadiyya Gemeinde, 30 000 Gemeindemitglieder leben in Deutschland, mehrere Millionen sind es weltweit. Seit 20 Jahren nutzt die Berliner Gemeinde ein Wohnhaus in Reinickendorf für ihre Gebete. Die Gemeinde gilt als konservativ und friedliebend, der Verfassungsschutz schätzt sie weder als extremistisch noch als gewalttätig ein. „Liebe für alle, Hass für keinen“, lautet das Motto. Die Ahmadiyya Gemeinde betont, sie verfolge keine politischen Ziele, stehe für die Trennung von Staat und Religion und sei eine spirituelle Gemeinde. 100 Moscheen will sie in Deutschland errichten, das Gotteshaus in Heinersdorfer ist die 25., die nächste wird zwischen Leipzig und Dresden errichtet.

„Es wäre besser gewesen, die Moschee wäre nicht in Heinersdorf gebaut worden“, sagt Andreas Kaehler, Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde Heinersdorf, zu der etwa 900 Mitglieder gehören. „Die Ansichten der Gemeinde haben die Menschen hier verunsichert und irritiert“, sagt der Pfarrer. Imam Tariq will das ändern. „Es gibt immer noch unbegründete und diffuse Ängste gegen den Islam“, sagt er. Die Moschee werde jeden Tag allen Menschen offen stehen. Im November plant die Gemeinde „Tage offener Tür“ mit Vorträgen, Gesprächsrunden und Führungen. „Jeder kann sehen, hier werden keine Terroristen geschult“, sagt der Imam.

Doch die Gemeinde hat nicht nur Gegner. Linke Gruppen treten am Donnerstag am Garbátyplatz für ein „interkulturelles Pankow“ ein, die Initiativen Zukunftswerkstatt Heinersdorf und „Wir sind Pankow:

tolerant und weltoffen“ tragen „ein buntes Band für Vielfalt und Toleranz“ durch Heinersdorf. „Die Ahmadiyya Gemeinde vertritt nicht unser Weltbild, doch wir können friedlich miteinander leben“, sagt Sandra Caspers, Vorsitzende der Zukunftswerkstatt.

Wir möchten noch einmal unsere Leser aus dem Raum Berlin eindringlich bitten, Zivilcourage zu zeigen und am Donnerstag an der Ipahb-Demonstration gegen die Ahmadiyya-Moschee in Heinersdorf teilzunehmen!

» Ipahb-Demo am 16.10.2008 um 18:00 Uhr, Prenzlauer Promenade/Granitzstraße in Berlin. Weitere Infos erteilt Joachim Swietlik unter: jhj.swietlik@gmx.net

Türkei: Linker stirbt durch Polizeifolter

✘ In Deutschland geben sich Linke, verblödet durch den staatlich verordneten „Kampf gegen Rechts“ her, Kritik am Bau von Großmoscheen durch den türkischen Staat in Deutschland gewaltsam nieder zu schlagen. Beim Bauherrn zuhause, in der auf dem Weg der Islamisierung fortschreitenden Türkei, bläst der Wind in eine andere Richtung. Einer der Gesinnungsgenossen der deutschen „Moschee Ole!“-Brüller verstarb jetzt dort an den Folgen tagelanger Folter im Polizeigefängnis.

Die [Kleine Zeitung aus der Steiermark](#) berichtet:

Polizeibeamte sollen in Istanbul einen 29-Jährigen auf der Wachstation und anschließend in der Zelle zu Tode geprügelt haben. Das Opfer starb an Gehirnblutungen.

Es ist eine Geschichte, die in der Türkei dank der EU-Reformen der letzten Jahre eigentlich zur Vergangenheit gehören sollte. Ein junger Mann wird von der Polizei festgenommen. Auf der Wache und auch später im Gefängnis wird er nach Angaben seines Anwaltes schwer gefoltert. Wenig später stirbt er an Gehirnblutung.

Null-Toleranz-Politik. Das Schicksal des 29-jährigen Engin Ceber, der vor zwei Tagen seinen Verletzungen erlag, bestärkt Menschenrechtler in ihrer Ansicht, dass die türkischen Sicherheitskräfte trotz der offiziellen „Null-Toleranz-Politik“ gegen Folter wieder freie Hand für Brutalitäten genießen. Amnesty International (AI) fordert eine Bestrafung der Beamten, die Engins Tod verschuldeten. Die Regierung in Ankara verspricht eine Untersuchung, doch die Erfahrung zeigt, dass gewalttätige Beamte kaum etwas zu befürchten haben.

Linkes Magazin verteilt. Ende September hatte hatte Ceber zusammen mit einigen Freunden im Istanbul Stadtteil Istinye das linksgerichtete Magazin „Yürüyüş“ (Der Marsch) verteilt und gegen den Tod eines Mitstreiters protestiert, der vor einem Jahr unter ungeklärten Umständen von der Polizei erschossen worden war. Ceber und die anderen Aktivisten wurden festgenommen – warum, ist unklar: „Yürüyüş“ ist zwar links, aber nicht verboten.

Prügel. Nach Angaben von Anwälten wurden die Festgenommenen auf der Polizeiwache mit Holzknüppeln verprügelt. Ein Richter erließ Haftbefehl wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. In der Untersuchungshaft in einer Einzelzelle im Istanbul Metris-Gefängnis soll Ceber weiter gefoltert worden sein. Am vergangenen Freitag wurde er mit schweren Hirnblutungen in ein Krankenhaus gebracht, wo er wenig später starb. Cebers Freunde Özgür Karakaya und Cihat Gün befinden sich weiterhin in Haft – auch sie berichteten laut Amnesty International von tagelangen Schlägen und Tritten.

Keine Konsequenzen. Das Justizministerium in Ankara ordnete nach Cebers Tod eine Untersuchung an. Staatspräsident Abdullah Gül schaltete sich ebenfalls ein und erklärte, in dem Fall dürfe nichts vertuscht werden. Es müsse alles dafür getan werden, dass sich so etwas nicht wiederhole. Doch der Anwalt des Getöteten hat Zweifel daran, dass die beteiligten Staatsdiener mit ernststen Konsequenzen rechnen müssen. So würden der Direktor des Metris-Gefängnisses und die für Ceber zuständigen Wärter nicht als mutmaßliche Täter vernommen, sondern lediglich als Zeugen. Alle Beamten seien zudem weiter im Dienst, sagte Anwalt Taylan Tanay der Zeitung „Milliyet“.

Auch Cebers Vater Ali traut den türkischen Behörden nicht. Die Regierung lege zwar immer wieder Lippenbekenntnisse zum EU-Reformprozess ab, unternehme aber nichts gegen die Folter, sagte er der Zeitung „Vatan“. Notfalls werde er bis zum Europäischen Menschenrechtsgericht in Straßburg gehen, um eine Bestrafung der Schuldigen durchzusetzen.

Eigentlich sollte es solche Zustände beim EU-Beitrittskandidaten nicht mehr geben. Grüne, Linke und CDU-Schramma werden nicht müde, den Sieg von Erdogans fanatischen Muslimen als Fortschritt der Demokratie zu loben. Deren Kompetenz, zu Menschenrechtsfragen Stellung zu nehmen, ist allerdings ohnehin am Ende. Bleibt die Frage, wo die vielbeschworene Solidarität der Linken mit ihren verfolgten Gesinnungsgenossen in islamischen Ländern bleibt? Geopfert für den gefühlten „Kampf gegen Rechts“ daheim?

(Spürnase: Wikinger)



Rollende Köpfe in Pakistan



Nicht jeder in Pakistan ist ein Fan der Taliban, oder anders gesagt, kaum jemand, außer den Taliban selbst. Um ihre Macht dennoch aufrecht zu erhalten, köpfen sie immer mal wieder einfach so, ohne jegliches Unrechtsbewusstsein, ein paar Pakistaner, [mit Vorliebe einheimische Stammesführer](#) (Foto). Erst am Samstag wurden erneut vier Stammesälteste gefoltert, enthauptet und ihre leblosen Körper anschließend am Straßenrand als abschreckendes Beispiel für die Passanten liegen gelassen. Die Taliban führen auch in Pakistan immer mehr ein fürchterliches Gewaltregime. Doch selbstverständlich hat das nichts mit dem Islam zu tun.

Rote SA prügelt Andersaussehende

☒ Der roten SA scheint die vom Kölner OB Schramma erstmals offiziell verliehene Rolle als gesellschaftliche Hilfspolizisten immer besser zu gefallen. So gut, dass sie das Privileg nicht mehr abgeben mögen. Kontrolle von einkaufenden Bürgern [in Hamburg](#), Entsorgung von „Nazijacken“ mit Inhalt auf S-Bahn Gleise [in Berlin](#), Kontrolle des Rock 'n' Roll-Verbotes [in der Schweiz](#) oder der Speisevorschriften [in Kreuzberg](#) und jetzt wieder Berlin: Am Rande einer linken „Bürgerrechts“-Demonstration wird ein junger Mann überfallen, weil er anders gekleidet ist, als es die SA erlaubt.

Der [Polizeibericht meldet](#):

Am Rande des Aufzuges „Protest gegen die Vorratsdatenspeicherung“ wurde gestern Nachmittag ein 21-Jähriger in Mitte von einer größeren Personengruppe angegriffen und beraubt. Der junge Mann saß auf einer Parkbank in der Straße Unter den Linden, als er gegen 16 Uhr 10 von mehreren Demonstrationsteilnehmern wegen seiner Bekleidung als „Nazi“ beschimpft wurde. Die Unbekannten verließen den Aufzug, gingen auf den 21-Jährigen zu, schlugen und traten auf ihn ein. Nachdem das Opfer zu Boden gegangen war, raubten ihm die Angreifer zwei Mobiltelefone. Beamte einer Einsatzhundertschaft bemerkten den Vorfall, drängten die Angreifer von ihrem Opfer weg und brachten den 21-Jährigen in Sicherheit. Er blieb unverletzt. Die Täter konnten zwischenzeitlich unerkannt in Richtung Menschenmenge flüchten. Der polizeiliche Staatschutz hat die Ermittlungen übernommen.

Es wird dem Staat nun allerdings schwer fallen, die einmal, nämlich in Köln, gerufenen Geister der roten SA als Hilfspolizisten wieder unter Kontrolle zu bringen. Der Rechtsstaat lässt sich nicht nach Bedarf ein- und ausschalten. Die Opfer linker Gewalt sind die Kollateralschäden des staatlich verordneten Kampfes gegen Rechts™.

„Deutsche Politiker sind doch alle Opfer“



Selten wird die moralische Verkommenheit der linken Journaille so deutlich wie [in diesem Stern-Artikel](#) von [Jan Rübel](#). In seinem Beitrag, der um Verständnis mit gewalttätigen jugendlichen Migranten wirbt, wird in heiter lockerem Plauderton über Serienkriminalität und aufgeplatzte Schädel berichtet, als ginge es um lustige Freizeitaktivitäten – der eine so, der andere so.

Hier eine kleine Kostprobe:

Khaled sagt: „Da hat der Teufel mit mir gespielt.“ Hat ihm einen

Schlagring auf die rechte Hand gesteckt und ihn hinabgeschickt: Drei Treppenstufen auf einmal, Khaled flog über sie hinweg, der Kopf klopfte, das Herz auch. Noch im Schwung holte Khaled aus, schon beim ersten Schlag platzte Mehmet's (Name von der Redaktion geändert) Hinterkopf auf, halb drehte er sich um, da stieß Khaled's glitzernde Faust in seine Nase. Mehmet fiel gegen eine Werbevitrine voller Bücher. Durch ihr Glas fraß sich ein Riss.

Khaled und Mehmet, in den Katakomben standen sie sich gegenüber, die Augen weit geöffnet. Zuerst waren sie nur Rivalen, hatten sich kritisch beäugt, Wochen später beleidigten Worte die Ehre der Familie. Und nun der Ausbruch. Khaled keuchte, Blut tropfte auf den Betonboden. Mehmet hielt sich den Kopf und rannte weg.

Schuld sind natürlich andere, aber vor allem die Politiker, Richter, Staatsanwälte, die durch die Straflosigkeit von Rohheitsverbrechen solche Zustände herbeiführen und fördern. Das steht natürlich nicht im Beitrag, der denkende Mensch liest es zwischen den Zeilen:

Vor ein paar Jahren sah er im Staat noch nicht die „anderen“, mit denen man nicht spricht. Mit zwölf gehörte er zu den Klassenbesten, wollte Arzt werden. Hamad Sherif wollte damals Richter werden, Khaled Diplomkaufmann und Sonu Astronaut. Alle vier hatten gute Noten, sie gingen gerade auf die Realschule und hatten das Gymnasium im Blick, da passierte etwas. Rams: „Ich sah, wie man ältere Jungs respektierte, die hingen alle in Gangs ab.“ Khaled: „Ab der siebten Klasse muss man sich beweisen – nicht in der Schule, sondern vor ihr, auf der Straße.“ (...) Mit der Schule konnte man nicht prahlen in ihrer Welt. Mit einer Narbe am Hinterkopf schon. Und alle vier stürzten sich in ein Geflecht archaischer Faustkämpfe um Ehre und Ansehen. Weil das viele um sie herum so machten. Und weil sie sich darin gefielen. Es war so einfach. „Wenn du einen Kampf verlierst, bist du ein Hund“, sagt Khaled über früher. „Dann hast du keine Mauer mehr, keinen Schutz, und alle schauen auf dich herab.“ Schlage, um nicht geschlagen zu werden. Ehre ist eine Burg.

Beiläufig wird der Bevölkerung Rassismus und Ausländerfeindlichkeit unterstellt, wahrscheinlich auch ein Grund, dass die „Kids“ so sind wie sie sind.

Hier, das ist der Busfahrer, der sieben Deutsche ohne Ticketkontrolle hineinlässt und dann Khaled's Fahrschein genau studiert. Oder Lehrer B., der sagt: „Jedem das Seine.“ Der die Zwei beim Deutschen kritisiert und die Drei beim Araber als „Meisterleistung“ kommentiert. Und da ist Lehrer S., der, Sonu erinnert sich noch genau daran, auf sein Heft spuckt und sagt: „Ihr bringt es doch eh zu nichts.“ Mit zwölf macht das schnell wütend.

„Da nahmen wir uns den Respekt mit Fäusten“, sagt Khaled.

Ein Lehrer, der seinem Schüler auf das Heft spuckt. Wir können uns nicht einmal vorstellen, dass Stern-Leser so etwas glauben...

Immerhin sind die „Kids“ weiter als die meisten Politiker. Die Schuld für ihre „Karriere“ geben sie nur sich selbst.

Stolz darauf sind sie nicht, auch nicht auf die Anzeigen. Die Gründe dafür, das ahnen sie genau, liegen letztlich nur bei ihnen selbst. „Ich war so schnell gereizt“, sagt Rams, „manchmal erkannte ich mich selbst nicht mehr.“ Sonu sagt, er habe früher „nicht über die Mauer gesehen“, die Folgen nicht erkannt. „Jetzt tun meine Schläge auch mir weh.“

Vielleicht wäre Strafe doch ganz sinnvoll, um die Jugendlichen vor sich selbst zu schützen und Verantwortungsbewusstsein für das eigene Leben zu schulen. Weshalb fegen Gewalttäter Spielplätze und dürfen weiter für aufgeplatzte Schädel von „Opfern“ sorgen, statt mal ein wenig Knastluft zu schnuppern? Statt dessen buhlt Rübel um Liebe und Verständnis für die „Kids“:

Nach ihrer langen Suche nach Ehre und Respekt haben sie eine Art Zwischenwelt erreicht. Sie sind bereit für den Eintritt in das Leben der Erwachsenen. Nur öffnet ihnen keiner die Tür.

Wie unverständlich!

Lediglich vier Prozent aller Ausbildungsstellen in Berlin gehen an Ausländer ohne deutschen Pass.

Ja, warum mag das wohl so sein?

Der stern machte die Probe: Khaled bewarb sich auf 30 Ausbildungsangebote zum Friseur. Der stern schickte zeitgleich bei denselben Adressaten einen deutschen Namen mit gleicher Qualifikation ins Rennen. Ergebnis: Khaled erhielt nicht mal eine Absage, der deutsche Name zwei Einladungen zum Gespräch. Derweil stagniert die Gewalt unter Einwandererkindern auf hohem Niveau. Aber umso stärker wächst ihre Armut.

Wir Rassisten mit unseren unbegründeten Vorurteilen – es ist alles nur unsere Schuld!

Und gleich nach der angeblichen Armut kommt das hier. Stern-Leser merkens vielleicht nicht:

Heute, sagt Hamad Sherif, lohnt ein richtiger Job doch nicht. Hartz IV und Schwarzarbeit, dazu kleine Geschäfte hier und dort: Ein Friseur verdient weniger.

Und immer wieder die tägliche Schikane durch die Mehrheitsgesellschaft:

Die vier schauen immer hin und nie weg. Das sorgt in Deutschland für Missverständnisse. Vielleicht werden sie deshalb ein-, zweimal in der Woche von der Polizei angehalten und untersucht. Das macht ruppig. Und fordert nur heraus, den Harten zu spielen.

Eigentlich liebe Jungs, nur unverstanden und schikaniert. Und die aufgeplatzten Schädel? Ja nun, es tut ja auch leid.

» stern@stern.de

(Spürnase: Armin R.)